

Nachabonnements für den Monat Juni werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Duerstraße Nr. 29) zum Preise von 2 Mark 50 Pf. angenommen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. Mai. Der Fürst Alexander von Bulgarien wurde heute vom Kaiser in Audienz empfangen und besuchte sodann den Minister des Auswärtigen, Grafen Andrassy, mit welchem er eine einstündige Unterredung hatte.

Wien, 22. Mai. Fürst Alexander von Bulgarien nahm gestern Abend nach seiner Unterredung mit dem Grafen Andrassy an der Hofstafel in Schönbrunn theil, zu der auch der Erbgroßherzog von Weimar nebst Gemahlin, der deutsche Botschafter Prinz Reuß nebst Gemahlin sowie die obersten Hofchargen geladen waren.

Rom, 21. Mai. In dem jetzt veröffentlichten Bericht des Centralbureau des Senats über die Sanct-Gotthardbahnvorlage wird das Ministerium aufgefordert, mit den beteiligten Regierungen Verhandlungen einzuleiten, damit Italien in der Verwaltung der Sanct-Gotthardbahngesellschaft ausgiebiger vertreten sei.

Paris, 21. Mai. Die Tarifcommission hat die in dem von dem Deputirten Méline erstatteten Berichte enthaltenen Anträge auf Erhöhung der Steuer auf Baumwollgarne angenommen.

Paris, 22. Mai. Die Agence Havas läßt sich aus Athen melden, die griechische Regierung habe ein Lager für 10000 Mann in Kapeno an der Grenze von Epirus errichten lassen, ein zweites Lager werde an der östlichen griechischen Grenze errichtet.

London, 21. Mai abends. Unterhaus: Bei den Verhandlungen über die zweite Lesung der irischen Universitätsbill stimmte der Schatzkanzler Northcote der Vornahme der zweiten Lesung zu, ohne sich jedoch mit dem Princip oder den Bestimmungen der Bill im einzelnen einverstanden zu erklären.

Wien, 21. Mai. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Konstantinopel: „Bezüglich der Aeußerung des Generals Obruchew, der Sultan habe auf die Befestigung des Balkans verzichtet, ist von seiten der Pforte auf diplomatischem Wege bemerkt worden, daß der Sultan das ihm durch den Berliner Vertrag zuerkannte Recht keineswegs aufgegeben habe.

Konstantinopel, 21. Mai. In der heutigen Sitzung der internationalen Commission theilte der Präsident mit, daß das organische Statut sanctionirt sei und daß dasselbe zur Veröffentlichung gelangen werde.

Die neue Aera.

N.L.C. Berlin, 21. Mai. Schlag auf Schlag hat sich die parlamentarische Krisis der letzten Tage vollzogen. Der 21. Mai bezeichnet einen hochbedeutenden

Wendepunkt in unserer politischen Entwicklung. Von einer Majorität von 195 gegen 129 Stimmen getragen, hat der conservative Präsident die Leitung des Reichstages übernommen. Soweit sich die geheime Abstimmung kontrolliren läßt, haben Conservative und Centrum geschlossen für Frn. v. Seydewitz gestimmt; nur von den Freiconservativen sind einige wenige seitab gegangen.

So ist denn mit dem 21. Mai die Partei, welcher vor wenigen Jahren noch vom Fürsten Bismarck die geistige Urheberschaft des Kullmann'schen Attentats schuld gegeben ward, die Partei, welche bis in die jüngste Zeit herein nach der gemeinsamen Anschauung aller auf dem Boden unserer nationalen Neugestaltung stehenden Elemente als berechnete politische Partei überhaupt nicht anerkannt wurde, eingetreten in die Reihe der „maßgebenden“ Factoren unsers politischen Lebens.

Ohne Zweifel wird es nicht an Leuten fehlen, die sich über diese Erscheinung mit dem genialen Einfall der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung trösten, welche seinerzeit das Eintreten Barnhiller's in die Tarifcommission des Reichskanzlers als einen Sieg des nationalen Gedankens über den württembergischen Particularismus feierte. Wädhle ihnen nur der Trost nicht durch die fatale Rehrseite des blendenden Arguments verdorben werden! Bekanntlich hatte Fr. v. Barnhiller, als er den Vorsitz der Tarifcommission übernahm, nicht seinen wirtschaftlichen Standpunkt verlassen, sondern er hatte den Kanzler von dem diametral entgegengesetzten Standpunkt zu sich herübergezogen.

werden könnte, die seinem Ursprunge durchaus widersprechen?

Fürst Bismarck sprach im vorigen Herbst die Hoffnung aus, daß die Majorität, welche das Socialistengesetz annehme, auch darüber hinaus als eine zuverlässige Stütze der Regierung fortbestehen werde. Jene Majorität bildeten die National-Liberalen und die Conservativen; der stärkste Bestandtheil der Minorität war das Centrum.

Ein Reichsgesetz über das Eisenbahnwesen.

Ein Antrag Preußens betreffend die Einsetzung einer Commission zur Aufstellung des Entwurfes eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen lautet:

Zur Durchführung der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Eisenbahnwesen bedarf es eines Reichsgesetzes, dessen Erlass bereits in dem Besetze vom 27. Juni 1873 betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes (§. 5) in Aussicht gestellt und im Reichstage wiederholt urgirt worden ist. Die Entwürfe eines solchen Gesetzes, welche bisher bei dem Reichs-Eisenbahnamte aufgestellt und zur Kenntniß der verbündeten Regierungen gebracht sind, haben die erforderliche Basis zu einer Verständigung nicht gewinnen lassen.

Der Gesetzentwurf über das Eisenbahnwesen umfaßt 49 Artikel und 5 Abschnitte. Art. 1 lautet:

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf alle Eisenbahnen im Deutschen Reiche Anwendung, welche zum Betriebe mittels Dampfkraft behufs Beförderung von Personen oder Gütern im öffentlichen Verkehr bestimmt sind.

Der erste Abschnitt umfaßt die allgemeinen Bestimmungen. Art. 2 lautet:

Die Aufsicht über das Eisenbahnwesen steht dem Reiche zu, soweit dieselbe nicht den Landesregierungen nach ausdrücklicher Bestimmung dieses Gesetzes verbleibt; alle sonstigen den Landesregierungen, nach gesetzlichen verfassungsmäßigen, concessionmäßigen oder statutarischen Bestimmungen

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.